

Amtsblatt der Europäischen Union

C 169

Ausgabe in
deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

48. Jahrgang

8. Juli 2005

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I *Mitteilungen*

Rat

2005/C 169/01

Übereinkommen über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem am 19. juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

1

DE

I

(Mitteilungen)

RAT

ÜBEREINKOMMEN

ÜBER DEN BEITRITT DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER REPUBLIK ESTLAND, DER REPUBLIK ZYPERN, DER REPUBLIK LETTLAND, DER REPUBLIK LITAUEN, DER REPUBLIK UNGARN, DER REPUBLIK MALTA, DER REPUBLIK POLEN, DER REPUBLIK SLOWENIEN UND DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ZU DEM AM 19. JUNI 1980 IN ROM ZUR UNTERZEICHNUNG AUFGELEGTEN ÜBEREINKOMMEN ÜBER DAS AUF VERTRAGLICHE SCHULDVERHÄLTNISSE ANZUWENDENDE RECHT SOWIE ZU DEM ERSTEN UND DEM ZWEITEN PROTOKOLL ÜBER DIE AUSLEGUNG DES ÜBEREINKOMMENS DURCH DEN GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

(2005/C 169/01)

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN DES VERTRAGES ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge, insbesondere des Artikels 5 Absatz 2;

UNTER HINWEIS DARAUF, dass die neuen Mitgliedstaaten mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union die Verpflichtung eingegangen sind, dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, geändert durch das am 10. April 1984 in Luxemburg unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik, das am 18. Mai 1992 in Funchal unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und das am 29. November 1996 in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden, beizutreten —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

TITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, die Republik Malta, die Republik Polen, die Republik Slowenien und die Slowakische Republik treten bei:

- a) dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1980“ bezeichnet) in der durch folgende Übereinkommen geänderten Fassung:

- das am 10. April 1984 in Luxemburg unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1984“ bezeichnet);
- das am 18. Mai 1992 in Funchal unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1992“ bezeichnet);
- das am 29. November 1996 in Brüssel unterzeichnete Übereinkommen über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (im Folgenden als „Übereinkommen von 1996“ bezeichnet);

- b) dem am 19. Dezember 1988 unterzeichneten Ersten Protokoll betreffend die Auslegung des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden als „Erstes Protokoll von 1988“ bezeichnet) in der durch das Übereinkommen von 1992 und das Übereinkommen von 1996 geänderten Fassung;
- c) dem am 19. Dezember 1988 unterzeichneten Zweiten Protokoll zur Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht auf den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden als „Zweites Protokoll von 1988“ bezeichnet).

TITEL II

ANPASSUNGEN DES ERSTEN PROTOKOLLS VON 1988

Artikel 2

In Artikel 2 Buchstabe a des Ersten Protokolls von 1988 werden die folgenden Gedankenstriche eingefügt:

- a) zwischen dem ersten und zweiten Gedankenstrich:

„— in der Tschechischen Republik:

Nejvyšší soud České republiky

Nejvyšší správní soud“

- b) zwischen dem dritten und vierten Gedankenstrich:

„— in Estland:

Riigikohus“

- c) zwischen dem achten und neunten Gedankenstrich:

„— in Zypern:

Ανώτατο Δικαστήριο

— in Lettland:

Augstākās Tiesas Senāts

— in Litauen:

Lietuvos Aukščiausiasis Teismas

Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas“

- d) zwischen dem neunten und zehnten Gedankenstrich:

„— in Ungarn:

Legfelsőbb Bíróság

— in Malta:

Qorti ta' l-Appell“

- e) zwischen dem elften und zwölften Gedankenstrich:

„— in Polen:

Sąd Najwyższy

Naczelny Sąd Administracyjny“

- f) zwischen dem zwölften und dreizehnten Gedankenstrich:

„— in Slowenien:

Ustavno sodisce Republike Slovenije

Vrhovno sodisce Republike Slovenije

— in der Slowakei:

Najvyšší súd Slovenskej republiky“

TITEL III

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 3

(1) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union übermittelt den Regierungen der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik je eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996 in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache.

(2) Der Wortlaut des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996 in estnischer, lettischer, litauischer, maltesischer, polnischer, slowakischer, slowenischer, tschechischer und ungarischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich wie die anderen Wortlaute des Übereinkommens von 1980, des Übereinkommens von 1984, des Ersten Protokolls von 1988, des Zweiten Protokolls von 1988, des Übereinkommens von 1992 und des Übereinkommens von 1996.

Artikel 4

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt.

Artikel 5

(1) Dieses Übereinkommen tritt zwischen den Staaten, die es ratifiziert haben, am ersten Tag des dritten Monats nach Hinterlegung der zweiten Ratifikationsurkunde in Kraft.

(2) Danach tritt dieses Übereinkommen für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Artikel 6

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union notifiziert den Unterzeichnerstaaten

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Hecho en Luxemburgo, el catorce de abril de dos mil cinco.

V Lucemburku dne čtrnáctého dubna dva tisíce pět.

Udfærdiget i Luxembourg den fjortende april to tusind og fem.

Geschehen zu Luxemburg am vierzehnten April zweitausendfünf.

Kahe tuhande viienda aasta aprillikuu neljateistkümnendal päeval Luxembourgis.

Έγινε στο Λουξεμβούργο, στις δέκα τέσσερις Απριλίου δύο χιλιάδες πέντε.

Done at Luxembourg on the fourteenth day of April in the year two thousand and five.

Fait à Luxembourg, le quatorze avril deux mille cinq.

Arna déanamh i Lucsamburg, an ceathrú lá déag d'Aibreán sa bhliain dhá mhíle is a cúig.

Fatto a Lussemburgo, addì quattordici aprile duemilacinque.

Luksemburgā, divi tūkstoši piektā gada četrpadsmitajā aprīlī.

Priimta du tūkstančiai penktų metų balandžio keturioliktą dieną Liuksemburge.

Kelt Luxembourgban, a kettőezer-ötödik év április tizennegyedik napján.

Magħmul fil-Lussemburgu, fl-erbatax-il jum ta' April tas-sena elfejn u hamsa.

Gedaan te Luxemburg, de veertiende april tweeduizend vijf.

Sporządzono w Luksemburgu dnia czternastego kwietnia roku dwa tysiące piątego.

Feito no Luxemburgo, em catorze de Abril de dois mil e cinco.

V Luxembourg, štirinajstega aprila leta dva tisoč pet.

V Luxemburgu dňa štrnásteho apríla dvetisícpäť.

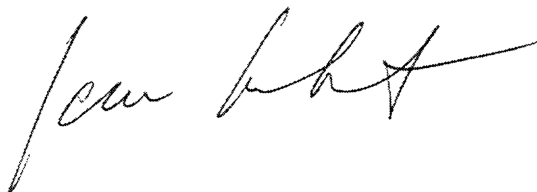
Tehty Luxemburgissa neljäntenätoista päivänä huhtikuuta vuonna kaksituhattaviisi.

Som skedde i Luxemburg den fjortonde april tjugohundrafem.

Pour le gouvernement du Royaume de Belgique
Voor de regering van het Koninkrijk België
Für die Regierung des Königreichs Belgien



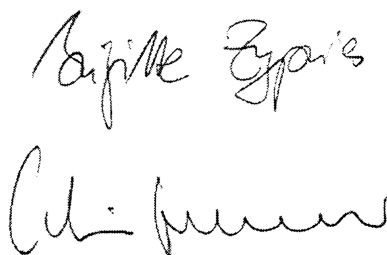
Za vládu České republiky



For regeringen for Kongeriget Danmark



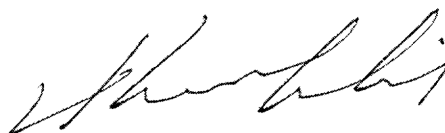
Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland



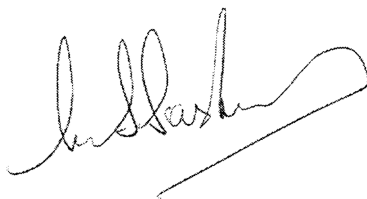
Eesti Vabariigi valitsuse nimel



Για την κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας



Por el Gobierno del Reino de España



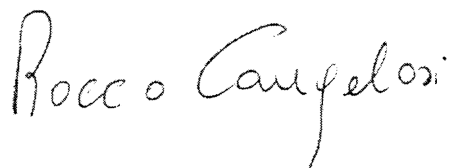
Pour le gouvernement de la République française



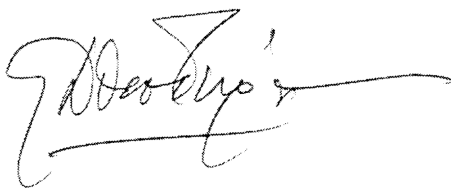
Thar ceann Rialtas na hÉireann
For the Government of Ireland



Per il governo della Repubblica italiana



Για την κυβέρνηση της Κυπριακής Δημοκρατίας



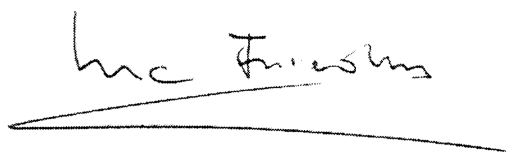
Latvijas Republikas valdības vārdā



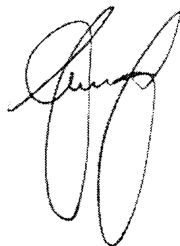
Lietuvos Respublikos Vyriausybės vardu



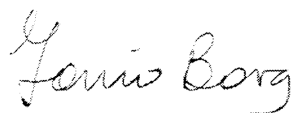
Pour le gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Luc Frieden', with a long horizontal line underneath.

A Magyar Köztársaság kormánya részéről

A stylized handwritten signature in black ink, possibly reading 'József', consisting of several loops.

Għall-Gvern tar-Repubblika ta' Malta

A handwritten signature in black ink, clearly legible as 'Louis Borg'.

Voor de regering van het Koninkrijk der Nederlanden

A stylized handwritten signature in black ink, possibly reading 'J. J. A. M.', with a long horizontal line underneath.

Für die Regierung der Republik Österreich

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kerin', with a long horizontal line underneath.

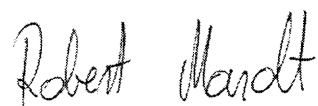
W imieniu Rządu Rzeczypospolitej Polskiej

A stylized handwritten signature in black ink, possibly reading 'J. J. A. M.', with a long horizontal line underneath.

Pelo Governo da República Portuguesa

A stylized handwritten signature in black ink, possibly reading 'J. J. A. M.', with a long horizontal line underneath.

Za vlado Republike Slovenije

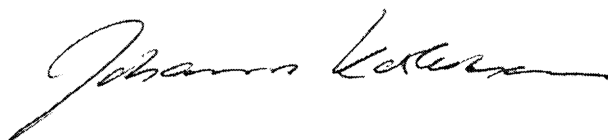


Za vládu Slovenskej republiky

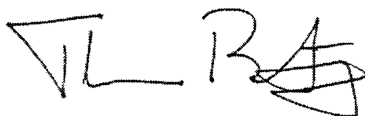


Suomen hallituksen puolesta

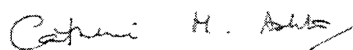
På finska regeringens vägnar



På svenska regeringens vägnar



For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland



Gemeinsame Erklärung der Hohen Vertragsparteien zu den Fristen für die Ratifizierung des Beitrittsübereinkommens

Die Hohen Vertragsparteien, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zu dem Übereinkommen von Rom von 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht im Rat zusammengetreten sind, erklären, dass sie die Schritte ergreifen werden, die erforderlich sind, damit dieses Übereinkommen innerhalb einer angemessenen Frist, nach Möglichkeit jedoch noch vor Dezember 2005 ratifiziert wird.

Erklärung der Mitgliedstaaten zu dem Zeitpunkt der Vorlage eines Vorschlags für eine Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht

Die Mitgliedstaaten fordern die Kommission auf, möglichst bald, spätestens aber bis Ende 2005, einen Vorschlag für eine Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vorzulegen.

Gemeinsame Erklärung der Mitgliedstaaten zum Austausch von Informationen

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Tschechischen Republik, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, der Hellenischen Republik, des Königreichs Spanien, der Französischen Republik, Irlands, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, des Großherzogtums Luxemburg, der Republik Ungarn, der Republik Malta, des Königreichs der Niederlande, der Republik Österreich, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik, der Republik Finnland, des Königreichs Schweden und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland —

im Augenblick der Unterzeichnung des Übereinkommens von 2005 über den Beitritt zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht sowie zu dem Ersten und dem Zweiten Protokoll über die Auslegung durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in den geänderten Fassungen,

in dem Wunsch, eine möglichst wirksame und einheitliche Anwendung des vorstehend genannten Ersten Protokolls zu gewährleisten —

erklären sich bereit, im Zusammenwirken mit dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften einen Austausch von Informationen über die rechtskräftigen Entscheidungen einzurichten, die von den in Artikel 2 des genannten Protokolls angeführten Gerichten in Anwendung des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht erlassen worden sind. Der Informationsaustausch umfasst

- die Übermittlung der Entscheidungen der in Artikel 2 Buchstabe a des Ersten Protokolls genannten Gerichte sowie der wichtigen Entscheidungen der in Artikel 2 Buchstabe b desselben Protokolls genannten Gerichte durch die zuständigen innerstaatlichen Stellen an den Gerichtshof;
 - die Klassifizierung und dokumentarische Auswertung der Entscheidungen durch den Gerichtshof, erforderlichenfalls einschließlich der Erstellung von Zusammenfassungen und Übersetzungen sowie der Veröffentlichung von besonders wichtigen Entscheidungen;
 - die Übermittlung des dokumentarischen Materials durch den Gerichtshof an die zuständigen innerstaatlichen Stellen der Vertragsparteien des Protokolls sowie an die Kommission und den Rat der Europäischen Gemeinschaften.
-